

ner Staatsfunktionären in den Flüchtlingsverbänden, Organisation der Sabotage- und Diversionstätigkeit vom Territorium Westdeutschlands aus, Gefährdung der Luftsicherheit durch Ballons).

Die Pläne der westdeutschen Militaristen sind zum Scheitern verurteilt:

1. weil die Mehrheit der Bevölkerung Westdeutschlands die Sicherung des Friedens und keine dritte Wiederholung der verhängnisvollen Politik des deutschen Imperialismus und Militarismus wünscht;

2. weil die Verwirklichung der aggressiven Pläne der westdeutschen Militaristen dazu führen würde, daß Westdeutschland zum Hauptkriegsschauplatz und zur toten Zone in Europa würde;

3. weil die westdeutsche Bevölkerung sich nicht für die egoistischen Interessen des amerikanischen und westdeutschen Finanzkapitals opfern will;

4. weil die Remilitarisierung Westdeutschlands die Versteinigung der Spaltung Deutschlands bedeutet;

5. weil der Militarismus unvereinbar ist mit Demokratie und deshalb auf den Widerstand der Arbeiterklasse und der Werktätigen stoßen wird;

6. weil die Arbeiterklasse und die Werktätigen nicht bereit sind, durch die Remilitarisierung Opfer zu bringen für die Stärkung der Macht der Konzernherren, Bankherren und Junker und ihres Bonner Staatsapparates;

7. weil die Deutsche Demokratische Republik der Bevölkerung Westdeutschlands zeigt, daß es einen Weg der friedlichen Zusammenarbeit mit den anderen Völkern und daß es innenpolitisch einen demokratischen Weg gibt, der zur Wiedervereinigung Deutschlands als friedliebender, demokratischer Staat führt;

8. weil die friedliebenden Völker der europäischen Staaten der aggressiven Politik des deutschen Imperialismus Widerstand entgegensetzen.

Gegenwärtig bestehen in Deutschland zwei Staaten. Der westdeutsche Staat ist ein kapitalistischer Staat, in dem das Monopolkapital, die Junker und andere Revanchepolitiker herrschen. Dieser Staat ist in den Nordatlantik-Kriegspakt eingegliedert. In der Deutschen Demokratischen Republik hingegen wurden der deutsche Imperialismus und Militarismus mit der Wurzel ausgerottet, und die Bevölkerung baut den Sozialismus auf. Die außenpolitischen Beziehungen zur Sowjetunion und anderen Staaten basieren auf dem Grundsatz der Souveränität, der Gleichberechtigung und der Nichteinmischung in die inneren